Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 239. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 12. Oktober 1927

Eigentum verpflichtet!

Wenn der Durchschnittsdeutsche davon hört, daß das Internationale Arbeitsamt diesmal seine Sitzung in Berlin abhält, der Vorsitzende dieses Arbeitsamtes, Albert Thomas, zahlreiche Besprechungen mit den Mitgliedern der Reichsregierung hatte, so sagt ihm das nicht viel, obwohl es die 37. Sitzung dieses Arbeitsamtes ist. Und doch ist es — theoretisch betrachtet — die wirklich einzige gute Frucht, die dem Baum des Versailer Friedens entsprossen ist. Die „Organisation der Arbeit" sollte internationale Vereinbarungen veranlassen und damit ist durch das Internationale Arbeitsamt wenigstens der Anfang gemacht worden. Entscheidend ist dabei, daß neben den Vertretern der Regierungen auch je ein Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter Sitz und Stimme hat in jenem schönen großen Palast, den sich das Arbeitsamt in Genf bauen ließ.

Auf einer Veranstaltung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände anläßlich der Tagung des Arbeitsamtes hatten nun der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wie der Reichsaußenminister Dr. Stresemann Gelegenheit, einerseits die sozialpolitischen Probleme, andererseits die damit unmittelbar zusammenhängenden Fragen der internationalen Zusammenarbeit zu behandeln, denn schließlich ist ja die Voraussetzung jeder Sozialpolitik nur das Aufblühen der Wirtschaft, ist auch der Arbeiter hinsichtlich seines Wohlergehens auf Gedeih und Verderb verbunden mit dem Betrieb, also mit dem Erfolg der geschäftlichen Tüchtigkeit des Arbeitgebers. Aber es liegt in dem Satz, der sich im Artikel 153 der deutschen Reichsverfassung findet, ein tiefer Sinn: „Eigentum verpflichtet; sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste!" Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns knüpfte an ein Wort an, das der Vorsitzende der Vereinigung, der bekannte Großindustrielle v. Borsig, eben erst geschrieben hatte: „Nicht die Vertretung der Sonderinteressen des einzelnen Werkes, nicht auch diejenige einiger weniger mächtiger Arbeitgebergruppen ist die Aufgabe des Unternehmers, sondern das Gesamtwohl der deutschen Wirtschaft, das Gesamtwohl also des deutschen Volkes ist das einzige Ziel: die einmütige Zusammenarbeit aller Kräfte der deutschen Wirtschaft, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, ist dafür die Voraussetzung." Nicht Kampf also um des Kampfes willen, sondern Verständigung zwischen „Kapital und Arbeit" zeigt den Weg nicht bloß zum wirtschaftlichen, sondern auch zum kulturellen Wiederaufbau Deutschlands. Dr. Brauns unterstrich mit besonderer Betonung, daß eben nun Ideen und neue Taten Platz greifen müssen in dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Das Internationale Arbeitsamt arbeitet in diesem Sinne und — so führte Dr. Stresemann als Außenminister aus — wirkt damit im Sinne allgemeiner internationaler Verständigung. Daß der Weg dorthin hart und mühsam ist, viele Hindernisse ein schnelles Vorwärtskommen hemmen, — das wissen wir Deutsche nur allzu genau. Wie sehr das der Fall ist, hat ja noch die Weltwirtschaftskonferenz bewiesen. „Daß Deutschland aber alles tun wird für den Ausgleich zwischen den Arbeitsbedingungen, ergibt sich aus seiner Stellung als Exportindustrieland, die erheischt, daß unter gleicher Sonne und gleichem Schatten die Wirtschaft der Völker sich vollzieht." Das ist aber leider nur ein — Wunsch, denn Deutschlands Wirtschaft liegt ja in dem tiefen Schatten der Dawes-Verpflichtungen, die sich hemmend genug auch weitergehenden sozialpolitischen Strebungen entgegenstellen. Die deutsche Außenpolitik will aber den Weg der Verständigung weitergehen, trotz aller auch politischen Hindernisse, die ihr entgegengestellt werden. Dazu rechnet Dr. Stresemann vor allem das, was man im Ausland aus der Hindenburg-Feier gemacht hat. Mit besonderer Betonung sagte Dr. Stresemann: „Er ist für uns die Verkörperung dessen, wie man in Pflichterfüllung sich jenen statischen Ausgleich erringt, der die Voraussetzung ist für die Verwirklichung der großen Ideen, daß Arbeit und tätiges Schaffen im Sinne der friedlichen Verständigung die beste Erfüllung nationaler Pflicht ist."

Bayerns Wünsche.

Abänderung des Finanzausgleichs verlangt.

Seine Tätigkeit hat der Bayerische Landtag nach der Sommerpause wieder aufgenommen. In der ersten Sitzung hielt der Finanzminister Schmelzle eine längere Rede über die Wirkung der neuen Besoldungsordnung auf den bayerischen Staatshaushalt. Die Besoldungserhöhung für den Bayerischen Staat bringe eine Mehrausgabe von rund 58 Millionen Mark und für die bayerischen Gemeinden eine Mehrausgabe von etwa zwei Dritteln des für den Staat ermittelten Betrages. Bayern habe heute bereits wieder eine Staatsschuld von 335 Millionen. Der Fehlbetrag für 1927/28 sei in Bayern nicht zu decken.

Der Minister erklärte schließlich zusammenfassend, eine Deckung sei nur möglich, wenn das Reich Bayern neue Einnahmequellen eröffne. Die Regierung habe daher im Reichsrat den Antrag gestellt, den Finanzausgleich vom 9. April 1927 dahin abzuändern, daß der Anteil der Länder an dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftssteuer von 75 auf 80 Prozent erhöht und der sogenannte Entbehrungsfaktor des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes von 20 auf 10 Prozent herabgesetzt werde.

Dr. Schmelzle bezeichnete die Erfüllung der bayerischen Forderungen als eine moralische und rechtliche Verpflichtung des Reiches. Die Frage habe mit Unitarismus oder Föderalismus gar nichts zu tun. Würden die Länder heute zu bestehen aufhören, so würde sich an der Notwendigkeit, das Steueraufkommen auf die einzelnen Reichsgebiete zu verteilen, nichts ändern. — Der Landtag zollte dem Minister in seiner Mehrheit starken Beifall und vertagte sich dann ohne Aussprache.

Im Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtages erklärte weiter Finanzminister Schmelzle zum Etat des Finanzministeriums u. a., daß das Steuervereinheitlichungsgesetz, wie es jetzt im Entwurfe vorliege, nicht die Zustimmung der bayerischen Regierung findet. Die Steuerhoheit, die den Ländern auf dem Gebiet der Realsteuer noch geblieben sei, würde mit diesem Gesetz ein für allemal endgültig beseitigt werden.

Deutschlands richtunggebende Sozialpolitik.

Tagung des Internationalen Arbeitsamts.

Dr. Brauns über Deutschlands soziale Gesetzgebung.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts ist zu seiner 37. Tagung in Berlin im Reichsarbeitsministerium zusammengetreten. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begrüßte im Namen der Reichsregierung die Tagung und versicherte die Internationale Arbeitsorganisation des regsten Anteils des deutschen Volkes an ihrer wertvollen Arbeit.

In der Rede wies der Reichsarbeitsminister darauf hin, daß Deutschland schon seit vielen Jahrzehnten an dem Ausbau seiner sozialpolitischen Gesetzgebung arbeite. Ohne Übertreibung dürfte gesagt werden, daß das, was Deutschland auf diesem Gebiete geleistet habe, auch für den internationalen Ausbau der Sozialpolitik vielfach richtunggebend gewesen sei. Der Minister erinnerte hierbei an den mächtigen Bau der deutschen Sozialversicherung, der in diesem Jahre durch das Inkrafttreten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung seine Krönung erfahren habe.

Dr. Brauns gab weiter bekannt, daß Deutschland das Internationale Washingtoner Abkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft ratifiziert habe. Die Urkunde wird demnächst an den Generalsekretär des Völkerbundes gesandt werden. Dieses

Uebereinkommen über den Mutterschutz

stellt, so sagte der Minister weiter, hohe Anforderungen an die sozialpolitische Gesetzgebung der Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation. Deutschland ist das erste große Industrieland, das dieses Übereinkommen ratifiziert, nachdem es seine Gesetzgebung in völligen Einklang mit ihm gebracht hat.

Weiter wies der Minister darauf hin, daß die Reichsregierung vor kurzem dem Reichsrat eine Vorlage zur Ratifizierung der von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommensentwürfe über die Krankenversicherung der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zur Beschlußfassung vorgelegt hat. Das neue Arbeitsschutzgesetz wird eins der ersten großen Gesetze sein, die der Reichstag nach Erledigung der zurzeit vorliegenden Entwürfe in Angriff nehmen wird. Mit seiner Verabschiedung wird dann der deutsche Rechtszustand mit dem Inhalt wichtiger internationaler Übereinkommen in Einklang gebracht sein und somit deren Ratifizierung ermöglicht werden. Für die Kernfrage dieses Gesetzes,

das Arbeitszeitproblem,

ist bereits praktische Vorarbeit durch die Gesetzgebung und durch die Tarifverträge geleistet worden.

Dr. Brauns kam dann in seinen weiteren Ausführungen auf die neuere Gesetzgebung auf dem Gebiete des allgemeinen Arbeitsrechts, der Arbeitsmarktpolitik, des Wohnungs- und Siedlungswesens und auf die Schaffung eines neuen Reichsfürsorgegesetzes zu sprechen. Wenn man bedenkt, so sagte er, daß dieser vielseitige und bedeutende soziale Fortschritt trotz Krieg und Zusammenbruch nur mit den schwersten geldlichen Opfern aller Beteiligten und durch eine hohe steuerliche Belastung der Volksgesamtheit und der deutschen Volkswirtschaft erreicht werden konnte, wird man trotz noch vorhandener Unvollkommenheiten im einzelnen der deutschen Sozialpolitik der Nachkriegszeit allgemeine Anerkennung nicht versagen können.

Der Minister schloß seine Ausführungen mit den besten Wünschen für eine erfolgreiche Tagung.

Dank an Deutschland.

Der Präsident des Verwaltungsrats, Fontaine, sowie sein Direktor Albert Thomas dankten für die Einladung der deutschen Regierung zur Tagung in Berlin. Thomas gab noch das Gelöbnis ab, „unablässig am Aufbau der gerechten Sozialordnung und am Aufbau des Weltfriedens tätig zu sein".

Frankreich finanziert die rumänische Heeresreform.

Berlin, 11. Oktober. Das Bukarester Blatt Cuvantul veröffentlicht heute einen aufsehenerregenden Artikel des General Centacuzena, demzufolge Frankreich beabsichtige, die rumänische Armee mit Hilfe eines zinsfreien Darlehens neu zu bewaffnen. Die rumänische Regierung aber verzögere wohl aus parteipolitischen Gründen die Annahme dieses Angebots. Nach dem französischen Angebot soll die rumänische Armee aber vor allem ihre veralteten Maschinengewehre durch französische ersetzt bekommen. Der rumänische Generalstab will aber auch erst prüfen, ob die französischen Maschinengewehre wirklich besser sind als die bisherigen.

Polnisches Einlenken gegen Litauen.

Berlin, 11. Oktober. Wie die Vossische Zeitung aus Warschau erfährt, sind vor einigen Tagen auf Anordnung Pilsudskis alle im Wilnagebiet verhafteten Geistlichen und Lehrer frei gelassen worden. Die übrigen Verhafteten dürften gleichzeitig heute abend oder morgen freikommen, nachdem man Loyalitätserklärungen von ihnen erhalten hat.

Weltrekord eines Wasserflugzeuges.

Generalprobe eines Ozeanfluges.

Die „Severa", die Veranstalterin des Ozeanfluges der „D. 1230", will noch ein zweites Flugzeug, einen Heinkel-Schwimmerapparat, über den Ozean schicken. Dieses Flugzeug hat unter Führung des Lufthansapiloten Merz einen Dauerflug von fast elf Stunden absolviert und damit einen neuen Weltrekord für Wasserflugzeuge aufgestellt. Die genaue Flugzeit beträgt 10 Stunden 43,31 Minuten. Das Flugzeug war mit drei Personen besetzt; außer dem Piloten waren ein Funker und ein Monteur an Bord. Der Dauerflug des mit einem 800-pferdigen Packard-Motor ausgerüsteten Flugzeuges ist als Generalprobe für den neuen Ozeanflug anzusehen.

Ein Europa-Rundflug.

Schwerin, 12. Oktober. Dr. Ernst Heinkel, der Leiter der Heinkel-Werke in Warnemünde, teilte heute früh dem hiesigen Vertreter der Telegraphen-Union auf telephonische Anfrage mit, daß das Heinkel-Flugzeug, das bekanntlich am Montag einen Weltschnelligkeitsrekord für Wasserflugzeuge aufgestellt hat, nicht nach Amerika starten wird, sondern bei günstigen Wetterbedingungen einen Rundflug um Europa ausführen soll.

D 1220 gestartet.

Warnemünde, 12. Oktober. Das Heinkel-Flugzeug D. 1220 ist heute mittag 13.21 Uhr glatt gestartet. Das Flugzeug entfernte sich in Richtung Amsterdam.

„D. 1230" noch in Lissabon.

In der Nähe der portugiesischen Küste herrschen Ostwinde, die den Führern der Junkers-Ozeanmaschine „D. 1230" einen guten Rückenwind bieten. Weiter westlich bei den Azoren sind allerdings noch stärkere Westwinde vorherrschend, die den ursprünglich für Dienstag angesetzten Start zum Weiterfluge noch nicht als ratsam erscheinen ließen. Es hat indessen den Anschein, als ob die Westwinde an Heftigkeit abnehmen, so daß der Start noch in diesen Tagen erfolgen könnte. Das Wetter an sich ist zwischen Lissabon und den Azoren gut.

Berlin, 12. Oktober. Wie die Morgenblätter melden, hat die Besatzung des Flugzeuges D. 1230 mitgeteilt, daß sie Mittwoch früh nach den Azoren zu starten beabsichtigt.

Das besetzte Gebiet will nur Recht!

Treu zu Volk und Vaterland.

Während des Aufenthaltes des Reichskanzlers in Koblenz gab der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, dem Kanzler zu Ehren ein Festessen, an dem auch die rheinischen Regierungspräsidenten teilnahmen. In der Begrüßungsansprache wies Oberpräsident Dr. Fuchs auf die schwere Bedrückung der Rheinlande durch

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF